



INTERVAL GmbH
Dr. Jörn Sommer
Brunnenstraße 181
10119 Berlin

Datum
10.03.2022

**Stellungnahme zur Evaluation sowie Begleitung des
Weiterentwicklungs- und Partizipationsprozesses des
Behindertenpolitischen Maßnahmenpaketes der Landesregierung 2.0**

Geschäftsbereich/Fachbereich
Beirat für Menschen mit
Behinderungen,
Beauftragter für die Belange der
Menschen mit Behinderungen

Sehr geehrter Herr Dr. Sommer,

Ansprechpartner
Gudrun Obst
Wolfgang Zabka
Dr. Normen Franzke

in der Februarsitzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen hat der Behindertenbeauftragte, Herr Dr. Franzke, die Kurzfassung bzw. die Eckpunkte zur Weiterentwicklung des Behindertenpolitischen Maßnahmenpaketes der Landesregierung 2.0. thematisiert. Er stellte uns Ihre Mail vom 22. Februar 2022 nebst Anlage zur Verfügung. In Folge der Diskussionen nehmen der Beirat für Menschen mit Behinderungen der Stadt Cottbus/Chóšebuz und der Beauftragte für die Belange der Menschen mit Behinderungen und Senioren der Stadt Cottbus/Chóšebuz, Herr Dr. Franzke, wie folgt Stellung:

Zimmer
44/45

Mein Zeichen
202_03_10_BPMP2.0

Telefon
0355 6122017

Fax
0355 612132017

E-Mail
Behindertenbeirat@cottbus.de
Normen.franzke@cottbus.de

- 1) Es stellt unserer Meinung nach eine enorme Herausforderung dar, dass ein Maßnahmenpaket in diesem Umfang, mit dieser inhaltlichen Vielfalt und unterschiedlichen Zuständigkeiten verschiedener Ministerien befriedigende Ergebnisse bringt. Es sollte geprüft werden, ob man in der weiteren Umsetzung einige Handlungsfelder zusammenzieht oder sich auf bestimmte Schwerpunkte konzentriert.
- 2) Der in der Evaluation hervorgehobene Konstruktionsfehler einer nicht kontinuierlichen Steuerung sowie Kontrolle sollte korrigiert werden. Denkbar hierfür wäre auch eine Art Lenkungseinheit neben den Ministerien, jedoch mit einem gewissen "Weisungsrecht".

Stadtverwaltung Cottbus/Chóšebuz
Neumarkt 5
03046 Cottbus/Chóšebuz

Konto der Stadtkasse
Sparkasse Spree-Neiße
IBAN:
DE06 1805 0000 3302 0000 21
BIC: WELADED1CBN

- 3) Wenn die Umsetzung von Maßnahmen in der Verantwortung von mehreren Ministerien liegt birgt dies Gefahr, dass Zuständigkeiten hin und her geschoben werden und letztlich kein Ergebnis zustande kommt. Die Steuerung und Kontrolle einzelner Maßnahmen - mittels eines notwendigen Controlling-Systems (siehe Punkt 2) - sollte im Rahmen einer klaren Zuständigkeitsregelung mit der persönlichen Verantwortung eines politischen Funktionsträgers verbunden sein.

- 4) Die erfolgreiche Teilhabe in allen Lebensbereichen setzt finanzielle und personelle Rahmenbedingungen, insbesondere in den Kommunen voraus. Teilhabe braucht aus unserer kommunalen Sichtweise mehr personelle Ressourcen, um das Thema ganzheitlich zu bearbeiten. Teilhabe benötigt auch mehr finanzielle Ressourcen, um auf kommunaler Ebene inklusive Strukturen, bspw. i.R.d. öffentlichen Beteiligung, der Sensibilisierung und insbesondere der politischen Teilhabe, zu aktivieren und zu verstätigen.

- 5) Für eine erfolgreiche Teilhabe in allen Lebensbereichen Betroffener bedarf es einer Stärkung der hauptamtlichen und ehrenamtlichen Akteure der öffentlichen Verwaltung auf kommunaler Ebene, hier insbesondere die Beiräte für Menschen mit Behinderungen und die Behindertenbeauftragten. Nur so kann das Thema in der Öffentlichkeit und im politischen Raum mehr Bedeutung erfahren.

gez.

Gudrun Obst

(Vorsitzende des
Beirates für Menschen
mit Behinderungen)

gez.

Wolfgang Zabka

(Mitglied des
Beirates für Menschen
mit Behinderungen)

gez.

Dr. Normen Franzke

(Beauftragter für die
Belange der
Menschen mit
Behinderungen)